

Referat der Landesmitgliederversammlung der DKP Saarland am 10.12.16

Unkorrigiertes Manuskript, gehalten von: Thomas Hagenhofer, Bezirksvorsitzender

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit der heutigen Versammlung wollen wir diskutieren und entscheiden, wie die DKP Saarland in den kommenden Monaten in die politischen Entwicklungen und die Wahlkämpfe eingreift.

Wir wollen mit unserem Eingreifen das Ansehen der DKP in unserem Land steigern, wollen einen Beitrag leisten zur Ablösung der Großen Koalition und zur Bündelung linker Kräfte gegen Austeritätspolitik und für einen radikalen Politikwechsel.

Die Versammlung steht in der Kontinuität unserer Bezirkskonferenzen, auf denen wir uns bemüht haben, vor allem landespolitisches Profil auf der Grundlage unseres Parteiprogramms zu entwickeln.

Ich möchte mit diesem Referat die Positionen transparent machen, die wir im Bezirkssekretariat und im Bezirksvorstand dazu erarbeitet haben.

Für unsere Bezirksorganisation sind die Landtagswahlen Ende März 2017 eine besondere Herausforderung. Warum ist das so?

Die CDU-SPD-Landesregierung hat angekündigt, ihre Kaputtsparpolitik nicht nur fortzusetzen – sie will zur Einhaltung der Schuldenbremse ab 2020 in den kommenden Jahren die Zügel sogar noch enger anziehen. Die Fortführung der Großen Koalition wäre nicht einfach nur ein Weiter-so. Sie würde die Zukunftsinteressen der Saarländerinnen und Saarländer mit Füßen treten. Ganz bewusst will man schnell die Wahlen hinter sich bringen und dann eine noch größere Abrissbirne aus dem Hut zaubern. So darf es in unserem Bundesland nicht weitergehen: Wir wollen als DKP Saarland am 26. März beitragen zum Ende dieser Lieblingskoalition des Kapitals. Unsere Alternative: Sofortiges Aussetzen der Schuldenbremse und ein umgehend einsetzendes Investitionsprogramm für Bildung, Wohnung und Infrastruktur. Wir brauchen eine Millionärssteuer, mit deren Einnahmen das Saarland entschuldet werden kann.

Deshalb schlägt der Bezirksvorstand vor, unsere Kraft auf die landespolitischen Themen und die Landtagswahlen zu konzentrieren.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Das Saarland ist von neoliberaler Politik in besonderer Weise betroffen. Es bietet den kapitalistischen Unternehmen paradiesische Bedingungen für Extra-Profite.

In unserem Bundesland wirkt ein Teufelskreis von geringen Löhnen, wachsenden Sozialtransfers insbesondere für Aufstockungen von prekär Beschäftigten und einer Kürzungspolitik, die die Infrastruktur des Landes immer weiter verrotten lässt.

Die Folge ist, dass die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander geht und die Daseinsvorsorge für immer mehr Menschen in Gefahr gerät. Aus dieser Katastrophenpolitik gilt es auszusteigen!

Das Saarland ist zudem schon jetzt von der skandalösen Altersarmut stärker betroffen als andere Regionen. Deshalb haben wir im Bezirksvorstand einen Antrag zur Rentenpolitik beschlossen, der heute vorliegt.

Die Politik der Austerität ist nicht gestoppt. Die Große Koalition aus CDU und SPD im Saarland kann immer noch weiter machen. Der Widerstand hat zwar einen neuen qualitativen und quantitativen

Aufschwung erreicht, vor allem durch die Aktionen von ver.di, auch von außerparlamentarischen Bewegungen. Aber vieles bricht auch wieder zusammen, wie z. B. der Widerstand der Bürgermeister gegen die Sparpolitik. Die Gro-Ko regiert mit Zuckerbrot und Peitsche, setzt durch und bindet ein. Auch Enttäuschung und Frust nehmen zu und hemmen Kampfbereitschaft und Mobilisierung.

Was bedeutet die von der Landesregierung und die sie tragenden Parteien gefeierte Einigung zum neuen Länderfinanzausgleich ab 2020 für das Saarland wirklich?

1. Das Spardiktat gegen die Saarländer/innen wird langfristig festgeschrieben, das Kaputtsparen geht weiter.
2. Wieder gibt es keine Lösung für die Altschulden, damit droht der endgültige Bankrott des Landes bei Ende der Niedrigzinsphase, die Landeshauptstadt ist bereits überschuldet.
3. Der neue Länderfinanzausgleich soll finanziert werden durch die Umsatzsteuer, erneut werden die Vermögen der Millionäre nicht angetastet, die arbeitenden Menschen bezahlen die Zinsen an die Banken.
4. Eine verschärfte Kontrolle durch das Bundesfinanzministerium wird eingeführt, gleichsam eine fortlaufende Entmündigung des Landes in der Finanzpolitik.
5. Erkauft wurde diese Einigung mit der Zentralisierung der Fernstraßenverwaltung und dem Einstieg in die Privatisierung der Fernstraßen zugunsten der Finanzwirtschaft. Dies bedeutet auf Perspektive weniger Aufträge für die regionale Bauwirtschaft und kleinere Firmen, die großen Baukonzerne, Allianz und Co machen sich die Taschen voll.

Jetzt will Schäuble sogar noch mal nachlegen und über die bisherigen Bestimmungen der Schuldenbremse hinaus die Länder zum selbstfinanzierten Schuldenabbau zwingen. 80 Millionen soll das Land jährlich an Schulden abbauen, ohne dafür eine Kompensation z. B. durch eine Vermögenssteuer zu erhalten. Mit dem neuen Länderfinanzausgleich werden die demokratischen Rechte im Föderalismus beschnitten. Es geht um die weitere Konzentration der Macht zur noch leichteren Durchsetzung der Interessen des Monopolkapitals. Rechte von Bundesländern stören da nur auf dem Weg zur „marktkonformen Demokratie“.

Was ist das Fazit: Die Landesregierung versagt. Die Herstellung gleicher Lebensbedingungen in allen Bundesländern, wie im Grundgesetz festgelegt, rückt in weite Ferne.

Der Bezirksvorstand schlägt dieser Versammlung die Fortentwicklung und Präzisierung unserer landespolitischen Kampagne vor. Mit dem Antrag;

- Politikwechsel! Positionen und Forderungen der DKP Saarland. Der Bezirksvorstand schlägt vor, aus diesem Antrag wieder ein Material in hoher Auflage zu drucken und zu verteilen, verbunden mit einer
- Unterschriftensammlung: Entschuldung jetzt – Für eine Millionärssteuer, derzeit prüfen wir, ob wir diese als DKP alleine oder in einem Personenbündnis durchführen.

In einem weiteren Antrag setzen wir uns mit der Rechtsentwicklung im Land und den nötigen Konsequenzen auseinander.

Die Umsetzung unserer landespolitischen Forderungen ist ohne Ablösung der großen Koalition im Saarland nicht möglich. Aber natürlich ist ein Regierungswechsel noch lange keine Garantie für den dringend notwendigen Politikwechsel. Rot-rot-grün wird ohne Druck der außerparlamentarischen Bewegung nur den Mangel der Landesfinanzen verwalten. Es wird also bei einer solchen Konstellation darum gehen, die höhere Druckempfindlichkeit für die Durchsetzung fortschrittlicher Politik zu nutzen. In diesen Prozess wollen wir uns aktiv einbringen.

Von besonderer Bedeutung sind in diesen Tagen im Land die Vorbereitung des Streiks der verdi-Kolleginnen und Kollegen für einen Entlastungstarifvertrag in der Pflege. Wir haben eben den Beitrag von Win Windisch gehört und haben ihm dafür gedankt. Selten wurde ein solcher Streik bereits im Vorfeld innerhalb der Gewerkschaftsbewegung so umfassend vorbereitet und zusätzlich in die Breite der Gesellschaft getragen. Das ist beeindruckend! Es geht um nicht weniger als um eine Umkehrung der neoliberalen Krankenhauspolitik hin zu einer planmäßigen Bedarfsdeckung im Interesse der Beschäftigten und der Patienten. In den Kliniken wird über das sogenannte Tarifberatersystem eine breite Vorbereitung des Streiks organisiert. So haben sich allein in den saarländischen Krankenhäusern viele hundert Beschäftigte für diese Aufgabe gemeldet. In den vergangenen Wochen wurde mit einer Flaggentour de Saar symbolisch die Streikfähigkeit in den Kliniken festgestellt. Mit dem Saarbrücker Appell wird seit Monaten Unterschriften zur Unterstützung gesammelt. Zahlreiche weitere Aktionen haben stattgefunden, wie die Klagemaueraktion in Saarbrücken und die Aktion des DGB Saar und der ver.di Betriebsgruppe der Unikliniken unter dem Motto „Aufstehen für die Pflege – Beistandspakt der Gewerkschaften“ vor zwei Wochen in Homburg. Äußerst problematisch ist in diesem Zusammenhang die blamable Zurückhaltung der IG Metall. Wir wollen unseren Beitrag leisten für den Erfolg dieser Kämpfe mit eigenem Unterschriftensammeln und natürlich mit einer Solidaritätsadresse von dieser Versammlung!

Liebe Genossinnen und Genossen,

eigentlich hatten wir im Sekretariat zur Vorbereitung des kommenden Jahres eher eine Aktivtagung im Sinn, um uns direkter mit Fragen der Aktionstätigkeit beschäftigen zu können. Nun diskutieren wir sie auf dieser Versammlung, die noch zusätzlich über die Aufstellung einer Landesliste zur Bundestagswahl im Bezirk entscheiden muss.

Im Parteivorstand wurden in den letzten Monaten immer wieder neue Begründungen für die Eigenkandidatur genannt, die der letzte Parteitag als **eine** Variante des Eingreifens beschlossen hat. Gegenwärtig wird betont, wir müssten kandidieren, weil damit der Bekanntheitsgrad der DKP erhöht würde. In Ermangelung einer überzeugenden Politik wird der Werbetrupp als letzte Rettung empfohlen. Das ist alles nicht überzeugend.

Nun, im vergangenen Jahr hatten wir als Bezirksorganisation eigenständig den UZ-Saarland-Report gegen die Kaputtsparpolitik hergestellt und 15.000 Exemplare verteilt. Auf dem Stahl-Aktionstag der IG Metall Ende Februar haben wir an allen vier Kundgebungen im Saarland unsere Solidaritätserklärung tausendfach verteilt. Das ist unser Verständnis von Öffentlichkeitsarbeit der DKP – Eingreifen mit aktuellen politischen Positionen und unserer begrenzter Kraft.

Die Attraktivität unserer Partei entsprang früher aus einer konsequenten Politikentwicklung im Interesse der arbeitenden und von Arbeit ausgegrenzten Menschen. Derzeit bestimmen oftmals radikale Losungen das Auftreten der bundesweiten DKP. Diese haben die bisherige kluge Bündnispolitik abgelöst. Der Austritt aus der EL und die Selbstcharakterisierung als „marxistisch-leninistische Partei“ sind die bisher deutlichsten Zeichen hierfür.

Wir registrieren bundesweit mehrere Rücktritte in den vergangenen Monaten. In Berlin sind Bezirksvorsitzender und seine Stellvertreterin zurückgetreten, die Antifakommission des Parteivorstandes ist nach Rücktritten nicht mehr arbeitsfähig, die Karl-Liebknecht-Schule ohne Leiter. Die einseitige Ausrichtung der Politik der DKP und deren Widerspiegelung in der uz haben die Situation der Partei nicht verbessert. Jetzt wird von einigen ganz offen das Parteiprogramm infrage gestellt. Wir befürchten, das ist der fatale Weg zur Spaltung und zum Zusammenbruch der DKP.

Um nicht missverstanden zu werden: Auch wir haben kein Patentrezept zur Stärkung der Partei, das zeigt leider auch unsere eigene Entwicklung im Bezirk. Aber: Wer sich die Schwierigkeiten einer

dialektischen Politikentwicklung zwischen Reformismus und Sektierertum nicht mehr antun will und sie durch revolutionäres Pathos ersetzt, wird die DKP nicht stärken sondern überflüssig machen.

Wir sagen unmissverständlich: Wir sind für das aktive Eingreifen und Beteiligung an den politischen Auseinandersetzungen in Wahlkampfzeiten. Diese sind Phasen erhöhter politischer Aufmerksamkeit und wir wollen nicht, dass die DKP dabei vergessen werden kann. Uns unterscheidet eigentlich nur die unterschiedliche Beantwortung der Frage: Kandidatur der DKP oder nicht. Es gab dazu keine entwickelte Parteidiskussion, leider. Die unterschiedliche Beantwortung dieser Frage kann doch jetzt nicht durch das Einfordern von Beschlusdisziplin gelöst werden. Das schafft doch keine Motivation für das Eingreifen der DKP, das wir alle wollen.

Natürlich steht die Frage von Wahlkandidaturen für die DKP wie für jede andere Partei auch. Als Bezirksvorstand lehnen wir einen generellen Verzicht auf das Instrument der Eigenkandidatur ebenso ab wie die Position, man könne nicht zur Wahl einer anderen Partei aufrufen. Kandidaturfragen sind doch politisch-taktische Fragen, die in der jeweiligen politischen Situation beantwortet werden müssen. Was hatten wir in der Vergangenheit nicht alles an Konstellationen! Derzeit sehen wir als Bezirksvorstand in der Eigenkandidatur zu den Bundestagswahlen keinen Beitrag zur Stärkung der Partei im Saarland. Das Ansehen, das wir uns gerade im Rahmen der Kampagne „Stoppt die Kaputtsparer“ und durch unsere Arbeit in Bündnissen und Bewegungen erworben haben, würde durch eine völlig zusammenhanglose Symbolkandidatur leiden.

Machen wir als Partei Druck, in dem wir selbst kandidieren mit dem zu erwartenden blamablen Wahlergebnis oder in dem wir mit unserer Politik in und außerhalb von Bewegungen Akzente setzen? Wir wollen gerade angesichts der Rechtsentwicklung zur dringend notwendigen Bündelung linker Kräfte beitragen, wie es unser Parteiprogramm fordert. Es gibt doch keinen Gegensatz zwischen unserem Engagement in sozialen Bewegungen und der Stärkung der Partei sondern einen direkten Zusammenhang. Und wir verzichten ja nicht auf unsere eigenen Positionen und nicht auf die notwendige kritische Auseinandersetzung. Unsere Erfahrung ist aber: Ohne einen Aufschwung von Bewegungen wird sich auch unsere Partei kaum stärken können. Zusätzlich muss eine zeitgemäße Politik entwickelt werden, die anziehend wirkt auf Menschen, die sich wehren gegen Neoliberalismus und Austeritätspolitik. Das war im Kern nie anders. Eine Politik nach dem Motto: „DKP first – DKP zuerst“, wie sie für die Begründung der Eigenkandidatur in Referaten des Parteivorstands entwickelt wird, führt letztlich in die Sackgasse.

Die Eigenkandidatur ist im Übrigen aus bisherigen bezirklichen Erfahrungen nicht verbunden mit einem höheren Aktivitätsgrad. Ganz im Gegenteil würde eine quasi zwangsweise durchgesetzte Kandidatur eher zu Rückzug und weniger Engagement führen.

Darüber hinaus würde die Sammlung der 796 Unterstützungsunterschriften, die zur Aufstellung der Landesliste im Saarland nötig wäre, alle Kräfte in den nächsten Monaten binden und die Weiterführung unserer landespolitischen Kampagne gefährden.

Aus all diesen Gründen empfiehlt der Bezirksvorstand der heutigen Landesmitgliederversammlung, auf die Aufstellung einer Landesliste der DKP zu den Bundestagswahlen im Saarland zu verzichten. Darüber werden wir im Rahmen der Antragsdebatte zu entscheiden haben.

Im Zusammenhang mit den Landtagswahlen im März hat der Bezirksvorstand auch geprüft, ob eine Kandidatur der DKP zu den Landtagswahlen realistisch und sinnvoll wäre. Hier hätten wir grundsätzlich betrachtet mit unseren landespolitischen Alternativen und Forderungen und mit unserem Ansehen, dass wir uns in unserer nun fünf Jahre dauernden Kampagne „Stoppt die Kaputtsparer“ erarbeitet haben, eine gute Ausgangslage. Allerdings müssen wir hier – ähnlich wie bei den Bundestagswahlen - in Betracht ziehen, dass unser Umfeld unsere Kandidatur zum jetzigen

Zeitpunkt nicht verstehen würde. Es gibt derzeit keine Bündnisstruktur im Saarland, die in alternativen Kandidaturen ein brauchbares Instrument für politische Veränderung sieht. So würde die Gefahr bestehen, dass wir uns ins Aus manövrieren und unser Ansehen Schaden nimmt.

Zudem bestimmt leider das undemokratische Wahlgesetz im Saarland, dass in allen drei Wahlkreisen also Saarbrücken, Saarlouis und Neunkirchen jeweils 300 Unterstützungsunterschriften gesammelt werden müssen, um im gesamten Saarland wählbar zu sein. Dies können wir angesichts unserer organisationspolitischen Struktur nicht absichern.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich will mich im Folgenden kurz mit der Zuspitzung in der Parteiauseinandersetzung befassen.

Unter Missachtung aller demokratischen Prinzipien des Statuts hat die letzte Parteivorstandstagung beschlossen, in die Bezirke Rheinland-Pfalz und Südbayern quasi „hineinzuregieren“. Die Parteivorstandsmehrheit will dort selbst zu Bezirksmitgliederversammlungen einladen. Mit einem Unvereinbarkeitsbeschluss wird gedroht, falls Genossinnen und Genossen ihr statutarisches Recht wahrnehmen und sich weiterhin im Netzwerk kommunistische Politik zusammenfinden. Sogar die Auflösung von Bezirken stand im Raum. Dies wurde letztlich nicht beschlossen. Vom Tisch sind diese Maßnahmen jedoch nicht.

Der beschlossene Antrag offenbart ein Parteiverständnis, das in den letzten 25 Jahren in der DKP und anderen kommunistischen Parteien überwunden wurde und signalisiert eine Rückkehr zu einem zentralistischen und autoritären Parteikonzept. Die PV-Mehrheit schadet damit dem Ansehen der Partei, diese Beschlüsse werden die DKP schwächen und auch nicht politikfähiger machen.

Genossinnen und Genossen wird parteischädigendes Verhalten vorgeworfen, von denen viele seit ihrer Jugend in der kommunistischen Bewegung kämpfen, offen als Kommunisten auftreten, in Gruppen, Kreisen und Bezirken aktiv arbeiten und oft für die DKP kandidiert haben.

Das „Netzwerk kommunistische Politik“ ist keine Fraktion sondern ein Kommunikationsnetz zum Austausch von Ansichten über politische Entwicklungen und Probleme der Partei. Es ist eine Reaktion auf den Kurswechsel der DKP seit dem 20. Parteitag. Es ist in dem Rahmen tätig, der im Statut von den Bestimmungen über die Rechte der Mitglieder und marxistische Meinungsvielfalt abgedeckt ist.

Schon bei der Beschlussfassung über das Parteiprogramm 2006, wurde von denen gegen das Programm gestimmt, die heute zu administrativen Maßnahmen greifen wollen.

Auch der Vorwurf, bei der Eigenkandidatur gegen die Beschlussverbindlichkeit zu verstoßen, hat seine Ursache in einem verengten Verständnis des Statuts. In unserem seit mehr als 20 Jahren gültigen und praktizierten Statut wurde bewusst der Zusammenhang von demokratischer Beschlusserarbeitung und Verbindlichkeit stärker betont. Da wirft der Parteivorstandsbeschluss zur Kandidatur einige Fragen auf.

Nun gilt es weiter zu kämpfen, um einen Platz unseres Bezirks mit seiner politischen Ausrichtung in der DKP. Wir haben über diese besorgniserregenden Entwicklungen im Bezirksvorstand diskutiert und raten dem Parteivorstand dringend, diese Beschlüsse zu überdenken und zu einem konstruktiven Dialog in der Parteidebatte zurückzukehren. Unserer Auffassung nach liegt es maßgeblich in der Verantwortung einer Leitung, Brücken zu bauen statt Mitglieder mit anderen Auffassungen aus der Partei zu drängen. Ein solcher Dialog ist möglich, wenn ohne Stigmatisierungen und Unterstellungen Wege dafür gesucht werden. Wir sollten uns auf das konzentrieren und produktiv weiterentwickeln, was uns verbindet und Formen entwickeln, die Meinungsverschiedenheiten zu diskutieren.

In dem Beschluss des Parteivorstandes sind wir als Bezirksorganisation nicht ausdrücklich genannt – noch hatten wir ja keine Beschlüsse gefasst. Inhaltlich sind wir aber sehr wohl angesprochen, und ich selbst als Erstunterzeichner des „Offenen Briefes des Netzwerkes“ und all die Genossinnen und Genossen, die mitunterzeichnet haben. Die inhaltlichen Auseinandersetzungen in der Partei mit administrativen Maßnahmen zu seinen Gunsten entscheiden zu wollen, bedroht die Existenz der DKP.

Liebe Genossinnen und Genossen,

zwei Schlaglichter aus den Medien der letzten Wochen:

Im angeblich satirischen „Almanach“ zum Bundespresseball in der vorletzten Woche, den die Ballgäste bekamen, bietet eine „Bundesbade-Agentur“ ein „Vorschul-Flüchtlingsschwimmen (ab 3 Jahre)“, an, „mit Festhalten an Treibgut, Tauchen bei hohem Wellengang, Springen vom Schlauchbootrand und Atemtechniken bei Nacht und Kälte“. Und im September äußerte sich Andreas Scheuer, seines Zeichens CSU-Generalsekretär, wie folgt: „Das Schlimmste ist ein fußballspielender ministrierender Senegalese. Der ist drei Jahre in Deutschland – als Wirtschaftsflüchtling – den wirst du nie wieder abschieben“.

Diese zwei Beispiele rechter Propaganda, die dem „Stürmer“ alle Ehre gemacht hätten, zeigen die Damnbrüche in der Rechtsentwicklung weit im Vorfeld der AfD. Es sind diese Hetzer, die Pegida und Co salonfähig gemacht haben und wohl insgeheim schon auf eine schwarz-braune Regierungskoalition hoffen. Noch können wir diese Entwicklung aufhalten. Wo aber liegen die Ursachen?

Spätestens mit dem Brexit und den Präsidentschaftswahlen in den USA ist die kapitalistische Dauerkrise zu einer Krise des politischen Systems geworden. Die Verheerungen des Neoliberalismus haben in vielen Regionen auch der westlichen Welt ein solches Ausmaß erreicht, dass sich die Krisenbetroffenen und -bedrohten massenhaft von den etablierten Parteien abwenden und dubiosen Rattenfängern hinterherlaufen. Sie lassen sich gegen ihre eigenen Interessen mobilisieren.

Aufgrund des wachsenden Rassismus und anderer Ressentiments gegen Minderheiten und der Schwäche der Linken erleben wir einen gefährlichen Rechtsruck, der globale Krisen wie Klimaerwärmung, Kriege und Migration weiter verschärfen wird. Die arbeitenden Menschen können keine fortschrittlichen Alternativen erkennen, haben in Wahrheit die Hoffnung auf grundlegende Veränderung ihrer Situation aufgegeben und wenden sich deshalb rein destruktiv gegen die herrschende Politik. Sie erschweren damit fataler Weise Lösungen, die wirklich ihren Interessen entsprechen würden und nur durch das Zurückdrängen des Neoliberalismus, in einem Aufschwung von Widerstandsaktionen gerade der arbeitenden Menschen und ihrer Gewerkschaften erkämpft werden können. Es ist ein Drama!

Wir sehen doch schon jetzt, wie stark AfD, Pegida und Co das politische Klima nach rechts verändert haben. Und die arbeitenden Menschen werden wieder die Leidtragenden sein. Da hilft es überhaupt nicht, wenn in Parteivorstandsreferaten diese Gefahr kleingeredet wird. Natürlich steht nicht der Faschismus vor der Tür, wenn die AfD zweistellig in die Parlamente einzieht. Aber diese Entwicklung verschärft doch die ohnehin reaktionären Entwicklungstendenzen des Kapitalismus enorm – mit dem breiten Abbau demokratischer Rechte, mit weiterer Zunahme des Rassismus, mit Aggression nach innen und außen.

Jahrzehntelanger Neoliberalismus und die letzte große Krise 2008 haben die Integrationsfähigkeit auch des bundesdeutschen Kapitalismus nachhaltig geschwächt. Aufgrund der Schwäche von fortschrittlichen sozialen Bewegungen und linken Parteien konnte die AfD diese Krisenstimmung

nach rechts wenden. Der entscheidende Hebel dabei sind die rassistischen Ressentiments, die durch reale oder angenommene Konkurrenz mit den Migranten zu einer breiten Wählermobilisierung genutzt werden. Wer nicht im Kapitalismus die Ursachen für Arbeitslosigkeit und sozialen Abstieg sieht, findet sie letztlich bei den Konkurrenten aus derselben Klasse/Schicht oder darunter. Die AfD hatte im Saarland bislang relativ geringe Umfragewerte. Es wäre ein unglaublicher Erfolg, wenn es gelingen könnte, diese Partei durch eine breite Bewegung gegen rechts aus dem Landtag fern zu halten.

Die Partei Die Linke gibt leider in dieser Frage im Saarland ein schwaches Bild ab. Die Krönung ist immer wieder Sahra Wagenknecht, die wohl glaubt mit Tabubrüchen der AfD Wähler abjagen zu können. Oskar Lafontaine hatte angeblich die Übernahme seiner Forderungen in der Flüchtlingspolitik als Bedingung für seine Kandidatur als Spitzenkandidat zu den Landtagswahlen gemacht. Der Landesparteitag hat anders entschieden. Die Positionen der Saar-Linken im Landtagswahlprogramm können wir ohne Probleme unterstützen, die Debatte um diese Fragen müssen wir allerdings dringend weiterführen.

Welche Schlussfolgerungen sollten wir aus der rechten Offensive ziehen?

Es ist höchste Zeit für verstärkte Anstrengungen zur Bildung breiter gesellschaftlicher Allianzen gegen den Neoliberalismus. Es müssen überzeugende linke Alternativen her, die Menschen attraktiv finden. Zusätzlich muss der Kampf gegen Rassismus in der Gesellschaft verstärkt werden.

Manche Linke, auch in unserer Partei, erhoffen sich von der verstärkten Rechtsentwicklung ein Auseinanderfallen der EU und damit die Stärkung der Nationalstaaten. Vor so einer Sichtweise kann man doch nur warnen: Wer den Zusammenbruch feiern will, sollte vorher überlegen, was danach kommt. Wird es den arbeitenden Menschen in England nach dem Brexit oder in den USA mit Trump besser gehen, weil deren Regierungen nun nationale Lösungen favorisieren? Würde sich die politische Situation in Deutschland in eine fortschrittliche Richtung verändern, wenn wir aus der EU austräten? Wie soll denn bitteschön ein Aufschwung der Rechten fortschrittliche Entwicklungen begünstigen?

Liebe Genossinnen und Genossen,

nicht der Terror ist in Deutschland angekommen, wie der Innenminister De Maiziere postuliert, sondern die bewusst geschürte Terrorhysterie. Die Bevölkerung wird von rechten Scharfmachern ganz bewusst in einer Art Dauerpanik, zumindest in einer diffusen Bedrohungsangst gehalten.

Das Feindbild Islam ist klar definiert und in breiten Kreisen unerschütterlich verankert. Der Vergleich zum Antisemitismus der 30er Jahre liegt auf der Hand.

Linke und demokratische Kräfte müssen sich vor diesem Hintergrund mit dem Thema Sicherheit offensiv auseinandersetzen und insbesondere aktiv werden gegen die Ausweitung von Überwachung und der Bundeswehreinätze im Inneren, es droht Demokratieabbau in großem Stil wie die Videoüberwachung an über 100 Stellen im Saarland, automatische Gesichtserkennung an Bahnhöfen, neue Maßnahmen zur Überwachung der Internet- und Handykommunikation. Im Namen des Zivilschutzes wird zu Hamsterkäufen aufgerufen. Wenn es nach dem saarl. Innenminister Boullion geht, soll das Saarland zu einer Art Vorreiter für die Zusammenarbeit von Polizei und Bundeswehr werden. Wir sollten überlegen, wie Sicherheit im fortschrittlichen Sinn definiert werden kann, welche Maßnahmen dazu notwendig sind.

Gleichzeitig erleben wir eine gefährliche Zuspitzung der internationalen Lage durch den Stellvertreterkrieg in Syrien und die umfangreichen neuen Rüstungsvorhaben der NATO. Nach dem

Sieg von Trump knallten in der Rüstungsindustrie die Sektkorken. Endlich, so hoffen die Händler des Todes, ist die relative Zurückhaltung in Europa nach 1989/90 vorbei.

Wir erleben eine bedrohliche Zunahme der Konfrontation zwischen den westlichen Staaten und Russland, deren entscheidende Ursache in der Osterweiterung der NATO liegt. Besonders gefährlich wird dies durch die Tatsache, dass in diesem Konflikt nur kapitalistischen Staaten involviert sind, es gibt kein sozialistisches Weltsystem mehr, das eine deeskalierende Rolle spielen könnte.

Aufrüstung im Inneren und Aggressivität nach außen – das sind oft zwei Seiten einer Medaille, wenn sich die Krisen im Kapitalismus zuspitzen. Die Bundesregierung boxt das größte Rüstungsprogramm seit 1990 durch mit pro Jahr fast 10 Milliarden zusätzlicher Ausgaben, die Militarisierung der EU soll noch schneller vorangetrieben werden, die Bundeswehr schafft bewaffnete Drohnen an. Und das soll erst der Anfang sein!

Die NATO-Truppenstationierung von 4.000 Soldaten im Baltikum ist eine neue Stufe der Eskalation im neuen kalten Krieg. Dennoch bleibt das Ziel der NATO offensichtlich nicht die Eroberung Russlands oder gar ein neuer Weltkrieg. Es geht um die Durchsetzung einer russischen Regierung, die innenpolitisch den global operierenden Konzernen keine Schranken mehr zugunsten der eigenen Bourgeoisie setzt und sich auf die Rolle einer regionalen Militärmacht zurückzieht.

Die Friedensbewegung wird daher stärker mobil machen müssen – Gegen den neuen Rüstungsschub, gegen die Modernisierung der Atomraketen in Büchel, gegen die Airbase Ramstein und die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die ersten Aktionen sind bereits für das kommende Jahr angekündigt. Machen wir den Menschen klar: Jeder Euro für die Rüstung ist ein Euro weniger für die Rente, für Umweltschutz und Bildung! Und er gefährdet den Frieden. Schluss mit Rüstungsexporten. Stattdessen fordern wir: Geflüchtete solidarisch aufnehmen, Fluchtursachen und Armut bekämpfen, Reichtum umfairteilen! Stoppt den Krieg!

Dramatische Veränderungen haben sich in der Türkei ereignet. Der misslungene Putschversuch wird zum Anlass genommen, auch die Verfolgung von demokratischen und linken Kräften sowie gegen Kurden drastisch zu verschärfen. Erdogan organisiert eine Welle des Nationalismus gemeinsam mit Faschisten und Kemalisten, die Wiedereinführung der Todesstrafe droht, die Zahl der Asylanträge aus der Türkei steigt deutlich an. Die kurdische Partei HDP ist natürlich am stärksten betroffen, ihre Führung rechtswidrig inhaftiert.

Erdogan hat immer wieder betont, dass die PKK und ihre Verbündeten die gefährlichsten Feinde der Türkei seien und nicht der IS. Wir haben auf mehreren Demonstrationen durch Redebeiträge und mit der diesjährigen Frauentagsveranstaltung unsere Solidarität mit den kurdischen Organisationen und deren Kampf in Rojava zum Ausdruck gebracht. Die Zusammenarbeit mit dem Kurdischen Gesellschaftszentrum ist in diesem Jahr viel intensiver geworden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Wolken über der Zukunft des Saarlandes werden nicht nur in der Finanzpolitik dichter. Bereits in diesem Jahr wurde das Saarland von der bundesweiten Konjunkturerholung abgekoppelt. Dies liegt an der einseitigen Exportorientierung der saarländischen Industrie und sich überlagernde Überproduktionskrisen in Stahl und Anlagenbau. Ohne den Boom in der Bauwirtschaft wären wir schon in der Rezession gelandet. Man muss kein Prophet sein, wenn man feststellt, dass diese Einseitigkeit mit enormen Risiken für die saarländische Wirtschaft verbunden ist. Die Sonderrolle Deutschlands, mit niedrigen Löhnen, hoher Produktivität und als Technologieführer andere Länder nieder zu konkurrieren, wird sich nicht mehr lange aufrechterhalten lassen. Zusätzlich gibt es an der Saar eine überproportionale Abhängigkeit vom Automobilsektor. Auch hier werden in den nächsten

Jahren Umwälzungen stattfinden wie der Ausstieg aus der Verbrennungstechnologie. Und wir wissen ja genau, wie solche Krisen ablaufen, sie werden abgewälzt auf die arbeitenden Menschen – mit noch höherem Druck auf die Löhne und Entlassungen. Bereits jetzt versucht ZF Getriebe ihre Belegschaft zu Zugeständnissen zu erpressen, damit im Gegenzug neue Produktlinien im Saarland angesiedelt werden. In solchen Situationen ist die leider weit verbreitete Standortlogik der IG Metall dann schnell mit ihrem Latein am Ende. Eigentlich sollte man aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt haben: Ohne den solidarischen gemeinsam geführten Kampf über Standorte und Grenzen hinweg steht am Ende nur Verzicht auf Lohn oder Arbeit – oftmals auf beides.

Die Landesregierung beantwortet die oben beschriebenen Herausforderungen nicht mit Überlegungen nach einer neuen Strukturpolitik, mit einer Stärkung der Binnenmarktorientierung oder einer Politik, die die Kaufkraft der SaarländerInnen stärkt. Sie setzt auf technologische Vorherrschaft der saarländischen Industrie im Zeichen der sogenannten Industrie 4.0, also der kompletten Digitalisierung und Vernetzung der Industrie vom Zulieferer bis zum Kunden.

Es wird also wieder nicht danach gefragt, wer denn die Autos noch kaufen soll, die bei Ford produziert werden. Sie sollen nur noch schneller, noch günstiger und ausgefeilter produziert werden – auch mit dem Einsatz von mehr Technik, sprich mit flexibler einsetzbaren Robotern. Ganz vorne dabei ist der bis in die Knochen neoliberale Oberrationalisierer und IT-Papst Prof. August-Wilhelm Scheer, der nicht müde wird, weitere Deregulierungen und Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten zu fordern. Es wird also zusätzlicher Druck auf die Arbeitsplätze erzeugt. So droht eine Zuspitzung sich überlagernder Krisen mit fatalen Wirkungen für die arbeitenden Menschen in unserem Bundesland.

Auch für die Stahlindustrie gilt: Wer von Krise spricht, darf zum Kapitalismus nicht schweigen. In unserem Flugblatt zum Stahlaktionstag im Frühjahr 2016, das zeitgleich auf vier Demonstrationen zu mehreren tausend Exemplaren verteilt wurde, haben wir geschrieben:

„Mit der von den herrschenden Medien unterstützten Propagandakampagne gegen „die gelbe Gefahr“ soll der Blick von den eigentlichen Krisenursachen abgelenkt werden. Die „deutsche Wirtschaft“ profitiert vom wechselseitigen Geschäft mit China und der „Billigproduktion“ rund um den Globus.

Die Ursachen für die Krise sind vielschichtiger als nur der Verweis auf die Stahlschwemme aus China und die geplante Verteuerung der Umweltzertifikate, wobei diese aktuell die Krise verschärfen. Importzölle führen kurzfristig zu einer Beruhigung an der Preisfront, lösen aber die Probleme nicht. In der heutigen globalen kapitalistischen Weltwirtschaft können mit protektionistischen Maßnahmen und Mitteln Arbeitsplätze und Stahlstandorte letztlich nicht gesichert werden. (...)

Für die Saarstahl-Belegschaft geht es darum, ihre Arbeitsplätze und ihre Errungenschaften, die sie in Form der „Saar-Lösung“ und betrieblichen Rechten durchgesetzt haben, zu verteidigen.

Gelingt dies nicht, droht ein erneuter arbeits-marktpolitischer Kahlschlag im Saarland, dessen Folgen kaum abzusehen sind. Die Stahlstandorte und die damit verbundenen Arbeitsplätze müssen mit Zähnen und Klauen verteidigt werden. Dafür brauchen sie die Unterstützung der Saarländerinnen und Saarländer. Die DKP ist solidarisch und dabei.“

Inzwischen geht die Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Betriebsschließungen, Standortverlagerungen und schleichenden Personalabbau gerade im industriellen Bereich im Saarland weiter.

General Electric, der kürzlich erst das Turbinenschaufelwerk in Bexbach vom französischen Alstom-Konzern übernommen hat, will jetzt das Werk schließen. 160 Beschäftigten droht die Entlassung. Die beeindruckenden Widerstandsaktionen der Bosch-Belegschaften im Sommer dieses Jahres ist der

Zentrale in Stuttgart zwar in die Glieder gefahren, die Kahlschlagpläne der Bosch GmbH sind aber noch nicht vom Tisch. Der Kranhersteller Terex-Cranes, ein US-Unternehmen, will das Werk in Bierbach mit mehr als 300 Beschäftigten schließen. Das sind nur die jüngsten Beispiele.

Einmal mehr zeigt sich aktuell, wie das Saarland als „verlängerte Werkbank“ von Konzernentscheidungen abhängig ist und die Landesregierung diesen hilf- und willenlos gegenübersteht.

Liebe Genossinnen und Genossen,

im landespolitischen Hauptantrag zu dieser Versammlung haben wir im Bezirksvorstand knapp 20 Forderungen entwickelt, die aus unserer Sicht entscheidend für eine fortschrittliche Lösung der drängendsten Probleme in der Landespolitik sind.

Es geht um einen radikalen Politikwechsel, um einen Bruch mit Neoliberalismus und Austeritätspolitik. Dreh- und Angelpunkt ist die sofortige Aussetzung der Schuldenbremse und eine dauerhafte Entschuldung des Saarlandes finanziert durch eine Millionärssteuer und durch die Profite der Banken und Konzerne. Wir sind bereit mit allen demokratischen Kräften zusammenzuarbeiten, die diese Forderungen unterstützen. Wir wollen Allianzen bilden für eine lebenswerte Zukunft im Saarland und für ein Ende der Kaputtspartpolitik.

Um dafür Druck zu machen, wollen wir im Wahlkampf eine Unterschriftensammlung zu dieser Forderung starten und sie von Anfang an auf breite Füße stellen. Hierzu laufen Gespräche mit Bündnispartnern und Personen.

Aus der Sicht des Bezirksvorstands sind unsere strategischen Überlegungen für einen Politikwechsel und im weiteren für eine grundlegende Änderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse im Saarland eingebettet in die strategische Linie des Parteiprogramms in Richtung einer Wende zu demokratischem und sozialen Fortschritt. Es geht hier nicht nur um „Übergangsforderungen“ sondern um den Kern der Politikentwicklung der DKP. Im Bezirksvorstand und auf unseren Konferenzen haben wir über Jahre hinweg die besondere Situation des Saarlandes herausgearbeitet, die einen spezifischen Ansatz erfordert und ermöglicht, um die Verhältnisse zu ändern. Die Menschen dieses Landes werden durch die massive Kürzungspolitik in besonderer Weise um ihre Rechte betrogen – und das reicht von der maroden Infrastruktur bis zur geringsten Lebenserwartung in den westlichen Bundesländern. Wenn schon Gäste aus Bremen über die Zustände an der Saar erschrecken, weiß man, was die Stunde geschlagen hat.

Hier setzen wir an und sagen: Der Kampf um die Abkehr von der Austeritätspolitik bestimmt die heutige Etappe der Kämpfe um eine bessere Zukunft, es ist der Dreh- und Angelpunkt in der Landespolitik. Wir entwickeln kurz- und mittelfristige Forderungen, die weit vor einer grundsätzlichen Umwälzung zum Sozialismus zu Zwischenetappen führen können.

Die DKP war bundesweit lange die Partei, die die überzeugendsten Antworten auf die Frage gegeben hat, wie eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung zu erreichen ist. Das war für mich in den 80ern der entscheidende Punkt für den Eintritt, dass wir einen politischen Kompass zur Veränderung hatten. Genau dieser Kompass droht nun verloren zu gehen. Konzepte wie Politikwechsel oder die Bildung von gesellschaftlichen Allianzen gegen den Neoliberalismus spielen in der heutigen bundesweiten Politikentwicklung der DKP keine Rolle mehr. Nicht aus Zufall sondern weil genau diese Orientierung der heutigen Mehrheit missfällt, weil sie vor lauter Größerschreiben des Ks das grundsätzliche Handwerkszeug von Kommunistinnen und Kommunisten, quasi die Lizenz zur Veränderung, über Bord werfen, nämlich die jeweils aktuell richtige Bestimmung des Verhältnisses

von Reform und Revolution. Im Saarland haben wir diesen Schwenk nicht mitgemacht. Wir wollen an unserem politischen Kurs der Veränderung festhalten.

Einfach wird es nicht sein, einen solchen Politikwechsel durchzusetzen. Eine Voraussetzung ist die Ablösung der Großen Koalition, aber dies reicht nicht aus. Wir brauchen vor allem noch mehr Bewegung gegen die Folgen der Kaputtsparpolitik in diesem Land und deren Politisierung und Vernetzung. Wir dürfen es nicht zulassen, dass sich die Menschen hier einlullen lassen von den angeblichen Erfolgen beim Länderfinanzausgleich. Dringend nötig wäre eine Abkehr der Sozialdemokratie von den Rezepten des Neoliberalismus. Dass dies nicht völlig ausgeschlossen ist, zeigt ein Blick nach England. Dazu bedarf es aber nicht des Rückzugs und das Einstellen unserer Kontakte zu SPDlern nach dem Motto: „Wer hat uns verraten“ sondern im Gegenteil eine Art Gesprächsoffensive. Auch dazu brauchen wir die Unterschriftensammlung für die Millionärssteuer.

Angesichts der zwiespältigen Politik der LINKEN im Saarland, die offensichtlich lieber gegen Windräder kämpfen als gegen Bundeswehrstandorte, werden wir sicher keinen einfachen Wahlaufruf zu den Landtagswahlen formulieren sondern eine solidarische, aber auch differenzierte Einschätzung, verbunden mit Forderungen an die LINKE insbesondere zur Stärkung von außerparlamentarischen Bewegungen beizutragen.

Aufbauen können wir selbst auf unserer entwickelten Bündnisarbeit Wir sind stark engagiert in der Friedensbewegung, stellen einen der Sprecher im FriedensNetz Saar. Wir sind aktiv im landesweiten breiten Bündnis gegen rechts, Träger der Großdemonstration gegen die AfD vor einem Jahr und arbeiten in mehreren regionalen Bündnissen mit, sind engagiert in der VVN. Wir unterstützen aktiv den Saarbrücker Appell „Aufstehn für die Pflege“, eine Genossin arbeitet Frauenforum. Besonders erfreulich hat sich im letzten Jahr der Kontakt zum Kurdischen Gesellschaftsverein entwickelt, wie vorletzte Woche auf der Demonstration zur Innenministerkonferenz im Saarland. Zudem ist im letzten Jahr ein neuer Arbeitskreis Christlich-marxistische Kapitalismuskritik im Dialog entstanden.

Gleichzeitig sehen wir die Gefahr von rechts als neue Dimension unserer Kampagne: Gemeinsam gegen rechts braucht andere Bündniskonstellationen als der Kampf gegen eine neoliberale Landespolitik, muss mehrdimensional sein. Es gibt doch keinen Widerspruch zwischen einem antirassistischen Bündnis gegen rechts bis hinein in die CDU und unserem Engagement, gemeinsam mit anderen Antifaschisten die Neonazis aus dem Stadtbild zu vertreiben, was in diesem Jahr öfter gelang.

Sicher ist das Bündeln linker Kräfte gerade in Wahlkampfzeiten nicht leicht zu realisieren. Aber es gibt Möglichkeiten:

Sowohl der Kampf um den Tarifvertrag Entlastung in Krankenhäusern als auch der Kampf gegen den Einzug der AfD in den Landtag machen diese Bündelung der Kräfte notwendig. Wir werden dies aktiv unterstützen und eigene Initiativen ergreifen.

Zudem wollen wir mit der Jahresauftaktveranstaltung erneut die Frage der Landespolitik in den Mittelpunkt rücken und die Möglichkeiten des gemeinsamen Agierens – auch mit Blick auf unsere Unterschriftensammlung – ausloten. Hier haben wir mit unserem ersten Forum im letzten Jahr einen guten Grundstein gelegt.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wer von uns hätte gedacht, dass ausgerechnet in einer Zeit der größten Krise des Kapitalismus nach 1945 linke Kräfte – auch international – so schwach sind, dass sie mit Ausnahme von Südeuropa kaum Erfolge erringen können. Wir werden uns weiter auf eine Periode von Abwehrkämpfen

einstellen müssen, mit Rechten und Faschisten lauern neue Gefahren, auch die Kriegsgefahr wächst. Vor all diesen Problemen können wir nicht weglaufen, auch wenn uns sicher manchmal danach ist.

Doch es gibt auch ermutigende Zeichen. Die vielen vor allem jungen Menschen, die sich im Saarland den Nazis entgegenstellen, die vielen, die gemeinsam mit uns gegen TTIP aktiv geworden sind, die aktive Solidarität mit Flüchtlingen üben oder sich gegen Konzerne wie Monsanto stellen. Und auch in diesen Kreisen wächst die Einsicht, dass wir ohne die Überwindung des Kapitalismus keines der drängenden Probleme grundsätzlich lösen werden.

Lasst uns also unsere Chancen nutzen und vor allem mit unseren Aussagen zur Landespolitik und zu Stahl und Arbeit in die Auseinandersetzung gehen. Wir machen ständig die Erfahrung, dass unsere Positionen gut ankommen, dass sie an dem Bewusstseinsstand der Menschen in unserem Bundesland anknüpfen und diese ein Stück weiterentwickeln können. Darauf wollen wir im kommenden Jahr aufbauen.

Das nächste Jahr bringt darüber hinaus zwei wichtige Jubiläen: 60 Jahre Verbot der KP Saarland und 100 Jahre Oktoberrevolution. Zu ersterem gibt es mit dem Buch von Franz eine Grundlage, zu der es bereits eine gut besuchte Lesung im ver.di.Haus in Saarbrücken gab und die es zu nutzen gilt – auch zur Aufarbeitung der illegalen Arbeit der KP in Kreisen außerhalb von Saarbrücken. Wir überlegen derzeit an einem Veranstaltungskonzept, das eine Verbindung schlägt zwischen Verbot der KP damals und Demokratieabbau heute. Der zweite Jahrestag bringt die Frage auf die Tagesordnung, wie wir uns heute die Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft vorstellen. Hierzu kann das Programm der DKP auch weiterhin wichtige Impulse geben, hoffentlich auch auf dem nächsten Parteitag.

Also lassen wir uns leiten von der Maxime des französischen Friedenskämpfers Romain Rolland, die später Antonio Gramsci übernahm: „Wir brauchen Pessimismus des Verstandes und gleichzeitig den Optimismus des Willens“ oder auf Saarländisch übersetzt „Un is das Wedder noch so drieb, immer hoch die Gellerrieb!“

Glück auf!